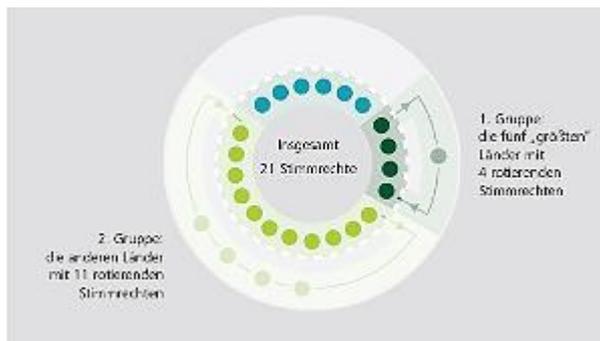


Fehlen wir beim Zinsentscheid? Wegen Euro-Zwerg: Wie Deutschland in der EZB entmachtet wird

16.06.2014



FOCUS Online/Wochit Deutschland verliert Stimmrecht: So funktioniert die Stimmenrotation in der EZB

Innerhalb der Europäischen Zentralbank soll ein Rotationsverfahren eingeführt werden. Die Folge: Deutschland verliert alle fünf Monate sein Stimmrecht in der Notenbank. Und das, obwohl wir die Hauptlast der Euro-Rettung schultern müssen.

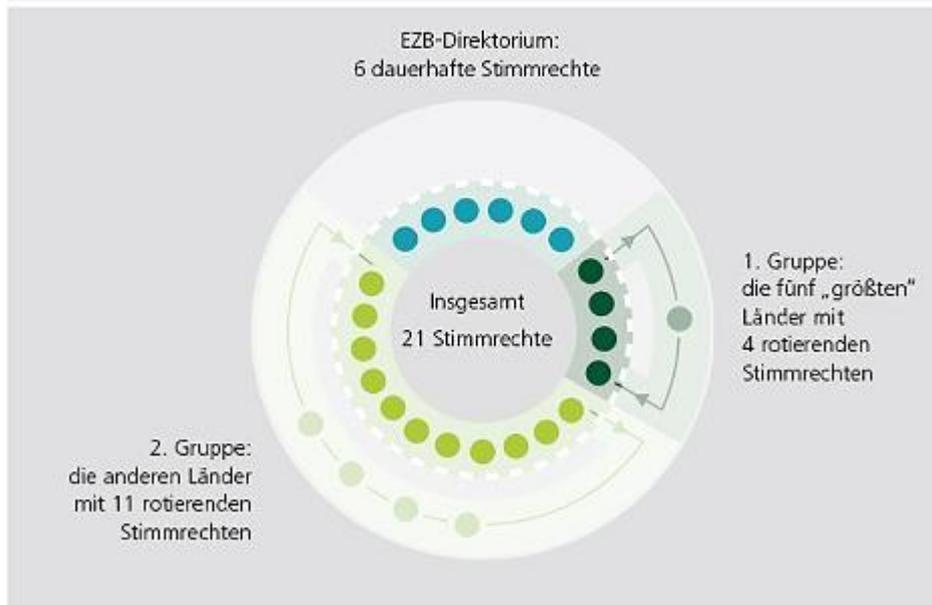
Der Eurobeitritt Litauens schwächt Deutschlands Macht im Rat der Europäischen Zentralbank. Er setzt einen Automatismus in Gang, den die Euroländer vor zehn Jahren beschlossen haben: Sitzen im Rat der EZB mehr als 25 Vertreter, wird ein rotierendes Verfahren eingeführt. Alle fünf Monate verliert ein anderes Euroland seine Stimme. Wird genau dann eine wichtige Entscheidung, etwa der Kauf von Staatsanleihen oder eine Zinssenkung durchgewunken, muss das betroffene Land zuschauen.

So wird auch der Chef der Deutschen Zentralbank Jens Weidmann ab dem [geplanten Beitritt Litauens](#) im Jahr 2015 alle fünf Monate auf die Abstimmung verzichten - im Wechsel mit den vier größten Euroländern Frankreich, Italien, Spanien und den Niederlanden. Allerdings darf er weiter an den Debatten des Gremiums teilnehmen und seine Meinung äußern.

So funktioniert das Rotationsprinzip

Rotationsprinzip im EZB-Rat bei 19-21 Mitgliedstaaten

(Beispiel hier mit 20 Mitgliedstaaten)



Deutsche Bundesbank Bei 19 bis 21 Mitgliedsstaaten teilen sich zwei Ländergruppen die Stimmrechte.

Bei 19 bis 21 Euro-Mitgliedsländern

Neben den sechs EZB-Räten sitzt jeweils ein Abgesandter der einzelnen Zentralbanken im Rat der Europäischen Zentralbank. Dazu kommen Vertreter der 18 Euroländer. Aus Litauen kommt nun der 19. Damit steigt die Zahl der Stimmberechtigten auf 26. Das Rotationsverfahren kommt in Gang.

Demnach werden die Euroländer ihrer Größe nach in zwei Gruppen unterteilt:

Große Euroländer: Deutschland, Frankreich, Italien, Spanien, Niederlande

Kleine Euroländer: Belgien, Estland, Finnland, [Griechenland](#), Irland, Lettland, Luxemburg, Malta, Österreich, Portugal, Slowakei, Slowenien, [Zypern](#) und Litauen

Die großen Euroländer teilen sich vier Stimmrechte, so dass jedes Land alle fünf Monate pausiert

Die restlichen Euroländer teilen sich elf Stimmrechte.

Bei mehr als 21 Mitgliedsstaaten der Eurozone bildeten die kleinsten Eurostaaten eine dritte Gruppe. Dazu zählte dann auch Litauen. Die großen Ländler behielten ihre vier Stimmrechte. Die mittlere Gruppe würde sich acht Stimmrechte teilen, die kleinste Gruppe bekäme drei Stimmrechte.

Rotationsprinzip im EZB-Rat ab 22 Mitgliedstaaten

(Beispiel hier mit 27 Mitgliedstaaten)



Deutsche Bundesbank Bekäme die Eurozone mehr als 22 Mitgliedsstaaten, gäbe es drei Gruppen mit unterschiedlichen Stimmrechten.

Bundesregierung unterstützt Eurobeitritt Litauens

Trotz der Aussicht, bei Abstimmungen im EZB-Rat künftig keine Stimme mehr zu haben, will die Bundesregierung den Eurobeitritt Litauens nicht blockieren. In einem Brief an Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU) schrieb Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) in der vergangenen Woche: "Die Bundesregierung beabsichtigt, dem Beschlussvorschlag zuzustimmen."

Auch an dem Rotationsprinzip will Schäuble nicht rütteln: „Es ist mit Blick auf den Schutz des Stabilitätsgedankens und des öffentlichen Vertrauens in die EZB nicht im Interesse der Bundesregierung, das Rotationsprinzip zu ändern oder auch nur eine Diskussion über Änderungen am EZB-Statut – und seien diese auch inhaltlich begrenzt – zu eröffnen“, zitierte die ["Frankfurter Allgemeine Zeitung"](#) bereits im Januar das Finanzministerium. Das Rotationsprinzip gelte ohnehin nur für geldpolitische Entscheidungen, wie Zinsbeschlüsse, berichtete die "Welt" unter Berufung auf das Ministerium.

Politiker warnen

Der CDU-Bundestagsabgeordnete Klaus-Peter Willsch fordert in der "Welt" jedoch eine Änderung des Regelwerks. "Bevor eine entsprechende Änderung der EZB-Satzung nicht erreicht ist, darf die Bundesregierung dem Beitritt weiterer Kandidaten in die Währungsunion nicht zustimmen."

Auch Bern Lucke, Parteivorsitzender der Alternative für Deutschland (AfD) und frisch gewählter EU-Parlamentarier äußerte sich kritisch: "Ich halte es tendenziell für gefährlich, dass der Chef der Bundesbank zeitweise kein Stimmrecht im EZB-Rat haben wird."

Allerdings ist Deutschland auch ohne das Stimmrecht der Bundesbank im EZB-Rat vertreten, nämlich über seinen - traditionellen, wenn auch nicht rechtlich fixierten - Sitz im EZB-Direktorium. Dort ist im Januar die bisherige Vizepräsidentin der Bundesbank, Sabine Lautenschläger, eingezogen. Die Bankenaufseherin gilt allerdings nicht als Fachfrau in Sachen Geldpolitik.